wollte ich zwischen uns Demokraten noch einmal betonen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür kämpfen und arbeiten, die Chancen für Kinder und Familien und die Bildungsansprüche unseres Landes auch in Pandemiezeiten hochzuhalten. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Minister, deutliche Formulierungen in einer parlamentarischen Debatte sind durchaus üblich, und dagegen habe ich bzw. hat das Präsidium auch nichts. Aber den Begriff, den Sie gewählt haben, um eine Fraktion zu kennzeichnen, bitte ich in Zukunft zu unterlassen, ansonsten müssten wir als Präsidium das rügen.

Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3.

(Unruhe)

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13066. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU-, FDP- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? –

(Josefine Paul [GRÜNE]: Entschuldigung, wir haben geschlafen!)

Es gibt keine Stimmenthaltungen. Dann muss ich die Ja-Stimmen wohl noch einmal abfragen. – Das war die SPD-Fraktion. Zustimmen will auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Nein-Stimmen waren bei CDU-, FDP- und AfD-Fraktion. Es gab keine Enthaltungen. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/13066** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich komme damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13067. Auch hier wurde eine direkte Abstimmung beantragt. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Nein-Stimmen? – Bei der CDU-, der FDP- und der AfD-Fraktion. Gibt es hier Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Antrag Drucksache 17/13067** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/13184. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/13184** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir sind damit am Ende von Tagesordnungspunkt 3 angelangt.

Ich rufe auf:

4 Abschlussbericht der Enquetekommission „Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (‚Brexit‘) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“ (Enquetekommission II)

Abschlussbericht
der Enquetekommission II
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 17/12900

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3792

Dem Vorsitzenden der Enquetekommission II, dem Herrn Kollegen Abgeordneten Stefan Engstfeld, erteile ich hiermit das Wort zur mündlichen Berichterstattung, bevor wir dann in die Aussprache eintreten.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist er nun, der Abschlussbericht der Enquetekommission „Brexit“.

(Der Redner hält den Abschlussbericht hoch.)

In diesen 349 Seiten stecken zwei Jahre intensive Arbeit, 29 Sitzungen der Kommission, sieben öffentliche Anhörungen, drei Gutachten, 51 schriftliche Stellungnahmen, eine Klausurtagung und eine zweitägige Delegationsreise nach Brüssel.

Mit dem vorliegenden Abschlussbericht ist die Enquetekommission ihrem Auftrag nachgekommen, die Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union auf Nordrhein-Westfalen in all seiner Komplexität zu untersuchen und auf dieser Grundlage Empfehlungen für zukünftiges Handeln auszusprechen.

Bevor ich weiter ausführe, möchte ich zuerst allen, die am Enquetebericht mitgewirkt haben, meinen Dank aussprechen. Ich bedanke mich herzlich für den konstruktiven Diskurs und den fairen Umgang unter allen Fraktionen bei den Kolleginnen und Kollegen, die als Mitglieder in der Kommission mitgewirkt haben. Ganz besonders danke ich dem stell-

vertretenden Vorsitzenden Ulrich Reuter aus den Reihen der FDP-Fraktion sowie den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen, namentlich Raphael Tigges für die CDU-Fraktion, Susana dos Santos Herrmann für die SPD-Fraktion, Rainer Matheisen für die FDP-Fraktion und Dr. Martin Vincentz von der AfD.

Ich bedanke mich ausdrücklich beim „Maschinenraum“ der Kommission, bei den Referentinnen und Referenten der Fraktionen für die geleistete Arbeit. Denn ohne die Referentinnen und Referenten, ohne ihr Wissen, ihr Engagement, ihren Fleiß wäre das alles so nicht möglich gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

– Gerne Applaus. Ich bedanke mich außerordentlich beim Kommissionssekretariat der Landtagsverwaltung, namentlich Frau Bente Schneider-Pott und Herrn Mert Karaoglan für all die Unterstützung, die wir vom Parlament erhalten haben. Das war ganz hervorragend. Das ist wirklich einen Applaus wert.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ganz herzlichen Dank auch an das Verbindungsbüro des Landtags in Brüssel, an Herrn Tom Odebrecht. Mein großer Dank an alle Sachverständigen, die intensiv in der Enquetekommission mitgearbeitet haben, namentlich Dr. Ralf Mittelstädt, der von der CDU-Fraktion benannt wurde, Prof. Dr. René Repasi, der von der SPD-Fraktion benannt wurde, Peter Brock, der von der FDP-Fraktion benannt wurde, sowie Dr. Daniel Schade, der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannt wurde. Sie haben uns mit Ihrer hohen Expertise wirklich befruchtet. Sie haben uns tatkräftig unterstützt, und Sie haben wesentlich mit dafür gesorgt, dass die Qualität immer stimmte. Ganz herzlichen Dank dafür.

Ich bedanke mich ebenfalls für die Begleitung und Unterstützung durch die Landesregierung. Die Landesregierung war bei den Sitzungen der Kommission immer vertreten und hat regelmäßig als ersten Tagesordnungspunkt in den Kommissionssitzungen über die neuesten Entwicklungen berichtet und konnte im Gegenzug während unserer Sitzung das Erfahrene und Gehörte für ihre Arbeit mitnehmen. Wir, die Exekutive und Legislative, haben dadurch beim Thema „Brexit“ gute Synergieeffekte in unser beider Wirken erzielt, und das war sicherlich sehr sinnvoll.

Großer Dank auch an die NRW-Landesvertretung in Brüssel für ihre Unterstützung und Begleitung der Delegationsreise, ebenso mein Dank an alle externen Gäste, Gutachterinnen und Gutachter und all diejenigen, die sich eingebracht haben und für Gespräche zur Verfügung standen. Dieser Input war für unsere Arbeit unabdingbar und äußerst wertvoll.

Nicht zuletzt bedanke ich mich beim in Düsseldorf ansässigen Generalkonsul des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Herrn Rafe Courage, sowie dem ganzen Generalkonsulat und der Botschaft in Berlin für die Unterstützung und die Begleitung. Thank you very much, auch für die Ausgestaltung des neuen Projekts „Friendship 2.0“. Das ist auch noch mal einen Abschlussapplaus wert.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der FDP und Regina Kopp-Herr [SPD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um Mitternacht des 31. Januar 2020 verließ das Vereinigte Königreich als erstes Land der Geschichte die Europäische Union. Ich war zu dem Zeitpunkt in London, habe am Parlament gestanden und mir selber ein Bild gemacht. Der sogenannte „Brexit day“ war wirklich ein historischer Moment. Mit Vollzug des Austritts im Sinne von Art. 50 des EU-Vertrages hat sich der Status des Vereinigten Königreiches und Nordirlands vom EU-Mitgliedsland zum Drittstaat geändert.

Zur Analyse der Auswirkungen auf unser Bundesland hat der Landtag im Oktober 2018 auf Antrag der Grünen-Fraktion einstimmig diese Enquetekommission eingesetzt. Damit setzte der Landtag Nordrhein-Westfalen ein nach dem Referendum im Vereinigten Königreich ergangenen Aufruf der Europäischen Kommission in die Tat um, um sich auf die mannigfaltigen Folgen des Brexits vorzubereiten. Dies im Rahmen einer Enquetekommission zu tun, bot die Möglichkeit, die Auswirkungen außerhalb des Rahmens der Tagespolitik zu betrachten und so ein möglichst detailliertes und akkurates Bild der zu erwartenden Folgen und Handlungsoptionen zu zeichnen.

Allerdings waren wir während der ganzen Kommissionszeit mit dieser hohen tagespolitischen Dynamik, die der Prozess des Brexits halt mit sich bringt, konfrontiert. Der Umgang mit der Unsicherheit über ausstehende Entscheidungen und die sich wiederholenden Verschiebungen aufgrund von politischen Entwicklungen waren in den letzten beiden Jahren ein ständiger Begleiter dieses Gremiums. Es galt stets, die zahlreichen Entwicklungen mitzuverfolgen und abzubilden, um daraus sich verändernde Entwicklungschancen, Anpassungen und erforderliche Weichenstellungen für unser Bundesland herauszuarbeiten.

Wir haben die ganze Zeit über verschiedene Austrittsszenarien betrachtet, um genauer zu sein: betrachten müssen. Wir haben deswegen mit dieser Kommission nicht nur historisches Neuland betreten, sondern auch parlamentarisches. Denn ich kenne keine Enquetekommission, die mit so einer Dualität, also einerseits außerhalb der Tagespolitik arbeiten zu sollen und zu können, andererseits ständig mit tagespolitischen Ereignissen konfrontiert zu sein, gearbeitet hat.

Alleine der Landtag, dieses Parlament, hat sich während unserer Kommissionszeit parallel in 13 Kleinen Anfragen, 15 Anträgen, in acht Aktuellen Stunden und einem Gesetz, dem Brexit-Übergangsgesetz, und in vielen Sitzungen der Fachausschüsse mit dem Thema „Brexit“ beschäftigt. Ich denke, das ist in der Tat einzigartig. Aber diesen Spagat haben wir alle gemeinsam sehr gut hinbekommen.

Auch gibt es kein anderes Landesparlament in Deutschland, das sich mit dem Thema „Brexit“ und seinen Folgen so intensiv auseinandergesetzt hat. Da haben wir ein Alleinstellungsmerkmal mit unserer Arbeit.

Wir haben mit unserer Arbeit auch gezeigt, dass dieses Parlament fähig und in der Lage ist, im politischen Mehr-Ebenen-System der Europäischen Union zu arbeiten. Ich hoffe, dass unsere Arbeit auch einen Beitrag dazu geleistet hat, den Landtag von Nordrhein-Westfalen noch weiter zu europäisieren und zu internationalisieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ergebnisse des Berichts geben dem Land und ihren Behörden Anhaltspunkte mit, wie und mit welchen Mitteln es auf die Folgen reagieren sollte, um die Betroffenheit zu minimieren und die Beziehungen zum Vereinigten Königreich aufrechtzuerhalten, wenn nicht sogar zu stärken.

So konnten wir im Bericht nachzeichnen, dass die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Regionen besonders eng ausgestaltet sind. Dies ist natürlich nicht zuletzt Ausdruck der besonderen Rolle des Vereinigten Königreichs bei der Gründung dieses Bundeslandes, aber auch ein Resultat der in Teilen komplementären Wirtschaftsstrukturen und der engen sowie vielfältigen zivilgesellschaftlichen Verbindungen.

Der Brexit und die ausgehaltenen Regelungen zum Vereinigten Königreich treffen Nordrhein-Westfalen somit in besonderem Maße. Wir sind, um es klar zu sagen, das „britischste“ Bundesland aller Bundesländer. Auch wenn das Land NRW selbst kein aktiver Verhandlungspartner beim Brexitprozess war, verfügt das Land über verschiedene Kommunikationskanäle und Instrumente, um seine Interessen auf europäischer Ebene zu vermitteln und auf Entscheidungsprozesse einzuwirken.

Diese Möglichkeiten der politischen Teilhabe umfassen Handlungsempfehlungen, die sich auf den europäischen Binnenmarkt beziehen, wie zum Beispiel der Ausgestaltung der Handelsbeziehungen, der Durchsetzung, des Level Playing Fields, aber auch die Kooperationen in Strafsachen und in justiziellen Angelegenheiten. Nichtsdestotrotz muss festgestellt werden, dass in diesen Bereichen eine starke Betroffenheit im Gegensatz zu vergleichsweise geringen Handlungsmöglichkeiten herrscht.

Allerdings verfügt das Land Nordrhein-Westfalen insbesondere in Bereichen, die nicht primär über die Binnenmarktregelung definiert werden, sowie auf der gesellschaftlichen Ebene über großen Handlungsspielraum, um die Brexitfolgen abzufedern. Dies betrifft vor allem Handlungsempfehlungen, die standortpolitische Maßnahmen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zivilgesellschaftliche Projekte oder administrative Veränderungsprozesse vorschlagen. Die Einflusskompetenzen des Landes sind in dieser Hinsicht im Rahmen des Föderalismus deutlich definiert.

Insgesamt setzt sich die Enquetekommission dafür ein, dass der Brexit und die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich keinen Abbruch der bestehenden Verbindungen auf allen Ebenen bedeuten dürfen.

Nach dem Verlust der Programme Erasmus+ und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ schlägt die Kommission vor, mit neuen Projekten Begegnungen und interkulturelles Verständnis zu fördern, bestehende Austauschformate zu erhalten und die Zusammenarbeit auf binationaler Ebene zu stärken. Konkret wird die Einrichtung eines deutsch-britischen Jugendwerks empfohlen. Hinzu kommen Maßnahmen, die der Landtag initiieren kann, wie zum Beispiel ein parlamentarisches Europastipendium.

Nicht zuletzt sind die Einbürgerungszahlen von Britinnen und Briten in NRW seit dem Referendum signifikant gestiegen. Dies stellt ein wichtiges Potenzial für das Land und seine Kommunen dar, welches für die Initiierung und Aufrechterhaltung neuer Verbindungen beispielsweise über ein Botschafter*innenprogramm genutzt werden kann.

Eine weitere Empfehlung ist der verstärkte Einsatz der englischen Sprache als behördliche Verwaltungssprache sowie Lehrsprache im Hochschulbereich.

Um dem Verlust der Personenfreizügigkeit entgegenzuwirken, schlägt die Kommission zudem die Etablierung einer Direktverbindung, einer Schienenfernverkehrslinie zwischen London und Köln, vor.

Die Handlungsempfehlungen zur wirtschaftlichen Kooperation orientieren sich mehrheitlich am Szenario eines harten Brexits und ungeregelter zukünftiger Beziehungen, da zum Zeitpunkt des Verfassens noch keine endgültige Rechtssicherheit herrschte. Auch das Ende letzten Jahres uns unter den Weihnachtsbaum gelegte beschlossene Handels- und Kooperationsabkommen kommt in manchen Regelungsbereichen einem harten Brexit doch sehr nahe.

Im Warenhandel entstehen dem Handels- und Kooperationsabkommen zufolge zwar keine tarifären

Hemmnisse, sofern die europäischen Ursprungsregeln garantiert sind, aber die Kommission rechnet vereinzelt mit Einschränkungen, zum Beispiel durch nichttarifäre Handelshemmnisse und den Verlust der Dienstleistungsfreiheit. Dies kann für Nordrhein-Westfalen aber auch eine Chance bedeuten, weil das Land ein interessanter Standort für den Finanz- und Versicherungssektor ist.

Gerade der Bereich der Bildung und der Forschung ist durch die EU-Mitgliedschaft in besonderer Weise beeinflusst worden. So ermöglichen EU-Programme etwa die Durchführung wichtiger Austauschprogramme oder befördern sogar die Zusammenarbeit von Bildungsträgern insbesondere in der Hochschulbildung und in der Forschung. Viele Forschungsprojekte an Hochschulen bei uns in Nordrhein-Westfalen mit Partnern im Vereinigten Königreich wären ohne EU-Förderung nicht zustande gekommen.

Die Kommission ist der Ansicht, dass das Modell der strategischen Partnerschaft, wie es bisher für Kooperationen mit Hochschulen außerhalb der Europäischen Union üblich ist, die Möglichkeit bietet, passgenaue individuelle und vertrauensvolle Partnerschaften zwischen einzelnen nordrhein-westfälischen und britischen Hochschulen zu stabilisieren und zu fördern.

Durch den Brexit entsteht auch ein erhöhter Beratungsbedarf für den musealen und kulturellen Austausch. Daher empfiehlt die Enquetekommission eine Befragung der betroffenen Akteure und ergebnisabhängig eine Ausweitung des entsprechenden Angebots im NRW KULTURsekretariat, um den internationalen kulturellen Austausch für alle Bevölkerungsgruppen zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Enquetekommission ist sich bewusst, dass dieser Bericht nur eine Momentaufnahme sein kann. Der Brexitprozess ist trotz des Handels- und Kooperationsabkommens, das ja immer noch nicht ratifiziert ist, noch nicht abgeschlossen. Die Neuordnung des Verhältnisses zwischen der Europäischen Union und seinem ehemaligen Mitglied, zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordrhein-Westfalen wird sich voraussichtlich noch über viele Jahre hinziehen.

Die Enquetekommission hat mit ihrer Arbeit eine Grundlage für politisches Handeln und die Anpassung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure erarbeitet, um die Langzeitfolgen des Brexits so gut wie irgend möglich abzufedern.

Dieser Bericht schließt ab mit der Erkenntnis, dass der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union ein großer Verlust ist, sowohl für die Britinnen und Briten als auch für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Er zeigt auf, dass die Errungenschaften der europäischen Einigung, so selbstverständlich sie das Alltagsleben der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen verbessert haben, nicht selbstverständlich im Bewusstsein der Menschen sind und das Einigungsprojekt der Europäischen Union fragil ist.

Für die Errungenschaften Europas zu werben, für die Europäische Einigung einzutreten und die Europäische Union zum Vorteil der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger weiter voranzutreiben, ist für die Enquetekommission die zentrale Lehre des Brexits. – Ich danke für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. Nachdem Sie allen, die beteiligt waren und mitgewirkt haben, so umfangreich gedankt haben, will ich Ihnen im Namen des Hohen Hauses dafür danken, dass Sie den Kommissionsvorsitz übernommen haben und gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen und den Sachverständigen einen anstrengenden Arbeitsprozess zu einem guten Ergebnis und einem wunderbaren Bericht gebracht haben, den Sie uns eben dargestellt haben. Herzlichen Dank Ihnen allen!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN, Sven Werner Tritschler [AfD] und Christian Loose [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kennen wir den Bericht und kommen zur Aussprache über den Bericht. Als Erster hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Tigges das Wort.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Brexit, liebe Kolleginnen und Kollegen, war über die letzten Jahre häufig das Topthema in den Nachrichten. 2013 haben wir noch weitestgehend unbeeindruckt die Ankündigung eines Referendums durch David Cameron zur Kenntnis genommen und rieben uns dann aber spätestens im Juni 2016 ungläubig die Augen, als die Abstimmung über einen Brexit eine denkbar knappe Mehrheit von 51,9 % fand.

Wir beobachteten in der Folge oftmals genervt – kann man schon fast sagen – das zähe Ringen der Staatschefs und der Unterhändler um einen Austrittsvertrag, ohne vielleicht schon zu realisieren, was da auf uns zukommen mag. Eher belustigt verfolgten wir die ebenso turbulenten wie tradierten Debatten im britischen Unterhaus, wovon uns besonders Speaker John Bercow und seine markanten „Order“-Rufe in Erinnerung bleiben.

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union war geprägt von wechselhaften Entwicklungen und Stimmungslagen. Davon war auch die zweijährige Arbeit unserer Enquetekommission geprägt, die sich immer wieder auf neue, tages-

aktuelle Entscheidungen und Ereignisse einstellen musste.

Aber nach mehrfachen Verschiebungen wurde dann tatsächlich der Brexit am 31.01.2020 Realität und mündete in eine Übergangsphase bis zum Jahresende 2020 voll Unsicherheit für Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Kaum einer hatte noch damit gerechnet, dass es dann an Heiligabend im letzten Jahr noch zu einer Einigung kommen würde über ein Handelsabkommen, welches zumindest die schlimmsten Befürchtungen noch abwenden konnte. Aber der Vorsitzende der Enquete Stefan Engstfeld hat es gerade gesagt: Es steht zur Ratifizierung noch ein Austrittsabkommen an. Insofern bleibt ein Restrisiko eines harten Brexits.

Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zutiefst bedauern, ist doch gerade unser Bundesland dem Vereinigten Königreich seit Ende des Zweiten Weltkrieges in besonderer Weise eng und freundschaftlich verbunden.

Nicht nur deshalb war die Einberufung dieser Enquetekommission richtig. Denn bereits jetzt zeigen sich erste Folgen des Brexits, insbesondere für die Wirtschaft. So berichtete der Logistikverband Road Haulage Association, dass die Exporte aus dem VK in die EU und umgekehrt im Januar im Vergleich zum Vormonat schon deutlich eingebrochen sind. Natürlich muss man hier auch die Auswirkungen der Coronapandemie auf den Handel berücksichtigen, aber hauptsächliche Ursachen liegen in neuen Zollformalitäten und Kontrollen.

Der Brexit darf nicht das Ende, sondern er muss ein neuer Anfang für unsere gemeinsamen Beziehungen sein, meine Damen und Herren. Mit dem Abschlussbericht legen wir nun 127 gemeinsam erarbeitete Handlungsempfehlungen vor, um diese Beziehung auf neue Beine zu stellen.

Dabei haben wir nicht, wie die SPD es hin und wieder mal forderte, die Gründe des Brexits tief analysiert, sondern wir haben versucht, den Blick nach vorne zu richten und ein möglichst umfassendes Bild der Folgen des Brexits für Nordrhein-Westfalen zu skizzieren.

Besonderes Anliegen der CDU-Fraktion war es, unser gesellschaftliches Miteinander, persönliche Begegnungen, Freundschaften und Austausch weiter zu ermöglichen. Gerade bei der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit wollen wir, nein, müssen wir sogar bei Bürgerinnen und Bürgern weiter für vertrauensvolle und enge Beziehungen werben, insbesondere bei jungen Leuten. Ich denke hier besonders an die vielen Städte-, Vereins- und Schulpartnerschaften oder auch an die Kooperationen unserer Hochschulen.

Mit Blick auf den universitären Bereich lassen sich momentan die Auswirkungen des Brexits auf Studium, Lehre und Forschung noch nicht endgültig absehen; so viel steht aber fest: Das Studieren an britischen Hochschulen wird teurer und unattraktiver. Hier müssen wir gemeinsam versuchen, Brücken zu bauen.

Der CDU-Fraktion ging es selbstverständlich auch darum, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und NRW auf eine solide und zukunftsfähige Grundlage zu stellen, unseren Unternehmen Chancen aufzuzeigen und Hilfestellung zu geben. Daher befassen sich nicht wenige unserer Handlungsempfehlungen mit den wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen, der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt.

Auch möchten und müssen wir gemeinsam regionale Strategien für Unternehmensansiedlungen und für Dialog- und Netzwerkstrukturen schaffen, um bürokratische Hürden abzubauen. Das ist unser Ziel; das haben wir hier auch verfolgt.

Zum Ende meiner Rede möchte ich unseren Sachverständigen in der Enquetekommission danken, die uns immer wieder wertvolle Impulse von außen mitgegeben haben.

Mein Dank gilt genauso auch dem Kommissionssekretariat der Landtagsverwaltung, den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen sowie unseren Fraktionsreferenten für die konstruktive und überparteiliche Zusammenarbeit.

Ich möchte mit einem Zitat von Oscar Wilde schließen, das es meiner Meinung nach zum Abschluss der Arbeit in der Enquetekommission, vielleicht aber auch zur zukünftigen Zusammenarbeit der beiden Länder ganz gut auf den Punkt bringt: Everything is going to be fine in the end. If it’s not fine, it’s not the end. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tigges, auch für den Ausblick durch das Zitat am Ende. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zu Beginn herzlich bei allen Beteiligten für die wirklich sehr konstruktive Zusammenarbeit in der Enquetekommission bedanken.

Wir waren uns bei Grundsätzlichem oft einig. Manchmal haben wir lange gerungen, um tragfähige Kompromisse zu finden, die diese Wahlperiode überstehen und in die Zukunft hineinwirken. Genau so soll es, finde ich, aber auch sein.

Unsere Arbeit fand unter wahrlich historischen Rahmenbedingungen statt: Am Tag der ersten Arbeitssitzung kämpfte Theresa May um ihr Amt als Premierministerin. Heute, am Tag der Vorlage unseres Berichts, streiten EU und Vereinigtes Königreich um die Regeln für den Im- und Export von Impfstoffen.

Dass es wenige Monate nach dem Ende der Übergangszeit im gemeinsamen Markt um derart existenzielle Fragen gehen würde, war nicht vorhersehbar. Dass Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit leiden würden, war aber von Anfang an klar.

So hat die SPD-Fraktion über die gesamten zwei Jahre der Kommissionsarbeit hinweg immer wieder darauf gepocht, das für ein Bundesland Mögliche zu tun, um für die zukünftige Zusammenarbeit faire und verbindliche Regeln und Standards zu vereinbaren bzw. unter neuen Rahmenbedingungen zu definieren – das sogenannte level playing field. Wir erleben gerade, wie wichtig, ja lebenswichtig das ist.

Lassen Sie mich nun auf einige Punkte eingehen, die der SPD-Fraktion bei der Arbeit in der Kommission besonders wichtig waren. Es beginnt mit einer Einordnung des Brexits: Das Referendum und das knappe Votum für den Austritt aus der EU kamen in einer extrem aufgeheizten politischen Stimmung zustande.

Unter dem Eindruck hoher Arbeitslosigkeit in den Industrieregionen Nordenglands, eines Sozialabbaus, eines marode gesparten Gesundheitswesens und einer populistischen und radikalisierten Rhetorik, die auch nicht vor Lügen zurückscheute, entschied sich eine Mehrheit der Bevölkerung für den Austritt aus der EU. Das war eine souveräne Entscheidung, ganz gewiss, aber leider keine gute; das zeigt sich gerade in diesen Tagen deutlich.

Der SPD-Fraktion ist es daher sehr wichtig, dass nicht ausgerechnet die Menschen in NRW, die es ohnehin nicht leicht haben, von den Folgen des Brexits besonders hart getroffen werden. Das gilt zum Beispiel für die rund 130.000 Beschäftigten, deren Arbeitsplätze an engen wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich hängen.

Sie sind der Hauptgrund für unsere Forderung nach einer guten Beratungsstruktur für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Solo-Selbstständige und freiberuflich arbeitende Menschen. Die Landesregierung hat sich aus unserer Sicht bisher nicht ausreichend darum gekümmert.

In der Kommission legen wir nun einen einstimmigen Vorschlag mit der Maßgabe vor, den Aufbau entsprechender Stellen bei den Industrie- und Handelskammern sowie dem Westdeutschen Handwerkskammertag zu unterstützen, damit Handel und Austausch nicht an fehlender Beratung scheitern. Dafür, dass das einstimmig gelungen ist, bedanke ich mich ausdrücklich bei den Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall von Frank Müller [SPD] und Volkan Baran [SPD])

Das gilt ebenso für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Kommunen, die ohne die Unterstützung des Erasmus+-Programms nun deutlich weniger Chancen auf Schul- und Studienaustausch in UK haben; Kollege Tigges hat es gerade ausgeführt.

Der Städtetag NRW sowie der Städte- und Gemeindebund haben uns hierzu mahnende Worte ins Stammbuch geschrieben: Gerade mit Blick auf wirtschaftlich schwächere junge Menschen, denen Chancen genommen werden, müssen wir sehr darauf achten, dass es einen Ausgleich gibt. Die Realisierung eines Jugendwerks unterstützen wir ausdrücklich und hoffen, dass es bald kommt.

(Beifall von der SPD und Raphael Tigges [CDU])

Die Interessen des Landes NRW standen auch in der Wissenschaftspolitik im Vordergrund. Seit Jahren mahnen wir die Landesregierung, die Hochschulen bei strategischen Partnerschaften mit Hochschulen im Vereinigten Königreich proaktiv zu unterstützen und dafür eigene Programme aufzulegen.

Das Interesse an Kooperation war vonseiten der Briten noch nie so hoch wie in den letzten Jahren; Berlin und die LMU in München haben es durch Kooperationsverträge vorgemacht.

Dieses Window of Opportunity hat sich allerdings geschlossen. Die Landesregierung hat es – bisher zumindest – nicht genutzt, sich lieber hinter der Freiheit der Wissenschaft versteckt und nicht gehandelt.

Niemand – auch wir nicht – will in die Hochschulautonomie eingreifen, doch wir wollen, dass das Land NRW proaktiv Hochschulpolitik zugunsten des Landes betreibt und unsere Hochschullandschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig macht.

(Beifall von der SPD)

Nach langer Diskussion haben wir konkrete Vorschläge für Forschungskooperationen und weitere Formen der Zusammenarbeit mit britischen Hochschulen formuliert; das ist gut so. Die SPD-Fraktion fordert darüber hinaus ein strategisches Konzept mit klaren Zielsetzungen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Lassen Sie mich zum Schluss für die SPD-Fraktion noch festhalten: Die Arbeit in der Enquetekommission war – ähnlich wie die Verhandlungen zu einem Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich – der Versuch der Quadratur des Kreises.

Es war gut und richtig, dass wir mit dem Worst Case, den Folgen eines harten Brexits, gerechnet und für diesen Fall – zu 100 % ist er ja auch noch nicht ausgeschlossen, auch das haben die Vorredner bereits dargestellt – …

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Zwei Sätze noch, wenn Sie erlauben, Frau Präsidentin. – … Handlungsoptionen aufgezeigt haben.

So sind Vorschläge gelungen, die Nachteile des Brexits für NRW abzumildern und neue Perspektiven zu eröffnen. Uns muss aber klar sein, dass es mit Zöllen, Grenzkontrollen und rein nationaler Herangehensweise unter dem Strich für alle Beteiligten schlechter wird. Deshalb sagen wir für den Moment „Farewell UK“

(Vizepräsidentin Carina Gödecke räuspert sich.)

und hoffen auf ein „Welcome back“ in der Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, Stefan Engstfeld [GRÜNE] und Christian Mangen [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Reuter.

Ulrich Reuter (FDP): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Heute, nach etwas mehr als zwei Jahren, schließen wir die Arbeit der Brexit-Enquetekommission ab.

In dieser Zeit haben wir uns parallel zum präzedenzlosen Austritt eines Mitgliedsstaates aus der Europäischen Union damit befasst, wie Nordrhein-Westfalen in der Zukunft mit den Folgen umgehen soll und wie wir unsere Beziehung zum Vereinigten Königreich gestalten wollen.

Wie die meisten Mitglieder des Hohen Hauses bedaure ich nach wie vor den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Gleichzeitig glaube ich, dass wir mit unserem Bericht eine gute Grundlage geschaffen haben, um weiterhin unter neuen Bedingungen eng verbunden zu bleiben.

Für uns in Nordrhein-Westfalen ist das Vereinigte Königreich ein besonderer Partner: Nachdem britische Truppen uns im Zweiten Weltkrieg befreiten, gründete die britische Militärverwaltung im Jahr 1946 unser Land Nordrhein-Westfalen. Rund 25.000 Britinnen und Briten haben heute zwischen Rhein und Ruhr ihre Heimat.

Die Britischen Inseln bleiben auch nach dem Ende der EU-Mitgliedschaft in unserer unmittelbaren Umgebung. Wir erreichen das 600 km entfernte London in normalen Zeiten aus unserer Landeshauptstadt mit dem Zug oder dem Auto innerhalb von etwas mehr als sechseinhalb Stunden. By the way: Durch den Eurotunnel bleibt der Kontinent dauerhaft mit dem Vereinigten Königreich verbunden.

Die historische Verbundenheit unseres Landes definiert unsere Aufgabe, und die geografische Nähe ermöglicht sie. Die Aufgabe ist, den Kontakt zu halten. Ich meine hiermit nicht nur unsere zweifellos bedeutsamen Wirtschaftsbeziehungen, die ihren Ausdruck im regen Handel sowie in den zahlreichen britischen Unternehmen, die sich in Nordrhein-Westfalen angesiedelt haben, finden; nein, ich denke hier in erster Linie an den Kontakt zwischen den Menschen in unserem Land sowie in England, Wales, Schottland und Nordirland.

Ich bin aus diesem Grunde besonders glücklich, dass wir in unserem Bericht einen der Schwerpunkte auf die Zivilgesellschaft und den Erhalt des Austauschs gelegt haben. Gerade, wenn wir nun nicht mehr institutionell in der Europäischen Union verbunden sind, ist es umso wichtiger, dass wir uns weiter gegenseitig verstehen.

Daher bedaure ich es sehr, dass Programme der Europäischen Union, die sich bewährt haben, nicht in den Vertrag über die zukünftigen Beziehungen aufgenommen worden sind. Ich denke hier besonders an das Austauschprogramm Erasmus oder das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, das die Zivilgesellschaften in der Europäischen Union darin unterstützt, gemeinsame Projekte durchzuführen.

Wir brauchen Mittel und Wege, damit die rund 400 Schulpartnerschaften, 150 Städtepartnerschaften und zahlreichen Kontakte zwischen den Hochschulen, der Forschung, der Kunst und der Kultur erhalten bleiben. Zu diesem Zweck empfehlen wir zahlreiche Maßnahmen; so schlagen wir vor:

– im Vereinigten Königreich das Verständnis über NRW zu verbessern und das Vereinigte Königreich mithilfe von Veranstaltungsformaten in Nordrhein-Westfalen zu würdigen,

– verschiedene Instrumente zu nutzen, die den zivilgesellschaftlichen Austausch bewahren und in der Zukunft ausbauen,

– die Akteure des Austauschs in NRW besser zu vernetzen, um Synergien zu nutzen,

– Möglichkeiten zu schaffen, damit Schülerinnen und Schüler, Auszubildende sowie Studierende weiterhin dazu in der Lage sind, einen Auslandsaufenthalt zu absolvieren – insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung der englischen Sprache müssen wir das Zielland Großbritannien im Blick behalten –, sowie

– den parlamentarischen Austausch zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und den gesetzgebenden Instanzen im Vereinigten Königreich zu stärken.

Ich freue mich, dass wir in der Enquetekommission zwischen den Fraktionen über die großen Linien Einvernehmen hergestellt haben, auch wenn wir in

Detailfragen unterschiedlicher Auffassung waren, wie die Kollegin dos Santos Herrmann durchaus schon bemerkte.

Auch ich möchte zum guten Schluss den Kolleginnen und Kollegen sowie den Referentinnen und Referenten für die in den vergangenen zwei Jahren geleistete Arbeit danken. Ich denke, Sie werden mir alle zustimmen, dass wir mit dem vorliegenden Bericht gute Impulse für die künftigen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich gegeben haben.

Abschließend möchte ich die Aussage unseres Vorsitzenden, Stefan Engstfeld, im Vorwort unseres Berichts unterstreichen: Sollten sich unsere Freundinnen und Freunde im Vereinigten Königreich eines Tages dazu entschließen, in die Europäische Union zurückzukehren, werden wir sie mit offenen Armen empfangen.

Lieber Stefan, vielleicht begleite ich dich – sollte es je zu dieser Gelegenheit kommen – vor das Parlament in London. Ich denke, die Kolleginnen und Kollegen wären hierzu ebenfalls bereit. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Reuter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Engstfeld, allerdings nicht als Vorsitzender der Enquetekommission, sondern als Sprecher seiner Fraktion.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Reuter, so machen wir das. Mal gucken, wann das passiert, aber dann trommeln wir noch mal alle zusammen und fahren nach London vor das Parlament. Das tue ich sehr gerne.

Nach zwei Jahren Arbeit möchte ich auch in meiner Funktion als Sprecher der grünen Fraktion einen Dank an meinen Kollegen Johannes Remmel aussprechen, der an der Kommission mitgewirkt hat.

Mein Dank geht natürlich auch an unseren wissenschaftlichen Referenten Niklas Graf, an Eva Wald-Striedelmeyer – früher Eva Weber – in der Sachbearbeitung.

Vor allen Dingen geht ein wirklich großer Dank an Dr. Daniel Schade, der als Experte, als Sachverständiger wirklich sehr hilfreich für unsre Arbeit war.

Mein Dank geht natürlich auch an mein Büro; wenn man Vorsitzender ist, bekommt das Büro doch ab und zu was ab. Sowohl Nils Kleibrink als auch Ina Besche-Krastl haben von Anfang an diese Kommissionsarbeit begleitet. Insofern allen erst einmal einen herzlichen Dank.

Ich wollte gar keine der 127 Handlungsempfehlungen von unserer Seite nach vorne stellen. Ich meine, wir haben natürlich ein hohes fachliches Interesse in bestimmten Bereichen – das wird niemanden überraschen – wie Klimaschutz, Euratom, Verbraucherschutz und Weiteres.

Für uns Grüne war bei dieser Kommissionsarbeit aber das Wichtigste, dass es diese Kommission überhaupt gegeben hat, dass wir die politische Kraft und den Willen hatten, diese Kommission auf den Weg zu bringen, dass wir unseren Beitrag leisten konnten, damit sich Nordrhein-Westfalen, damit sich dieses Parlament intensiv mit dem Brexit beschäftigt, damit das nicht nur die Exekutive macht, sondern auch die Legislative, und dass wir hier Know-how aufgebaut und einen, finde ich, sehr guten Abschlussbericht hinbekommen haben.

Ich glaube, das ist unser grüner Beitrag; der erfreut mich sehr. Der ist europäisch. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die Fraktion der AfD spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich vertrete in dieser Runde meinen Kollegen Herrn Dr. Vincentz, der sich krankheitsbedingt entschuldigen lässt – keine Angst, es ist nicht Corona – und der für meine Fraktion Teil der Enquetekommission „Brexit“ war.

In seinem Namen möchte ich mich ganz herzlich beim Vorsitzenden Stefan Engstfeld, bei den übrigen Mitgliedern der Kommission und natürlich auch bei den Mitarbeitern und Sachverständigen ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken.

In der Bewertung des Brexits besteht zwischen uns als AfD und den übrigen Parteien hier im Haus ein massiver Dissens. Einig sind wir uns allerdings darin, dass der Brexit Deutschland und NRW vor massive Herausforderungen stellt.

Die Briten haben sich in einem demokratischen Volksentscheid mehrheitlich und eindeutig für die Loslösung von der EU entschieden. Dies bedeutet aber keine Loslösung von Europa, auch nicht von Deutschland oder NRW: Wir sind weiterhin Handelspartner, Freunde und militärische Verbündete.

Die Altparteien haben geschlossen ablehnend und mit Unverständnis auf die Entscheidung reagiert. Wir haben es gerade gehört: Zum Beispiel Frau dos

Santos Herrmann hat es wohl immer noch nicht ganz verkraftet.

Freiheit ist aber eben eine britische Tradition; sie liegt den Briten im Blut. Schon in der EU haben sie sich einen gewissen Rest an Souveränität bewahrt: Sie lehnten eine immer engere Union ab, und sie waren nie Mitglied des Schengenraums, was ihnen die eine oder andere Unannehmlichkeit – Stichwort: Flüchtlingskrise – erspart hat. Auch in die Eurofalle sind sie übrigens nicht getappt.

Es ist noch nicht abzusehen, welche Auswirkungen der Austritt von Großbritannien im Detail für Großbritannien selbst, für die EU, für Deutschland und letztlich auch für NRW hat oder noch haben wird, insbesondere weil derzeit vieles durch die Coronakrise überlagert wird.

Flüge werden eingestellt, der internationale Handel wird durch Grenzschließungen und zusammenbrechende Lieferketten gehemmt. Probleme beim Schüler- und Studentenaustausch und bei Städtepartnerschaften, wie sie uns am Anfang noch beschäftigt haben, erscheinen daher derzeit eher nebensächlich.

Man kann sich aber gerade in puncto Corona auch einiges bei den Freunden in Großbritannien abschauen: Während in Deutschland nach fünf Monaten Dauerlockdown nächtliche Ausgangssperren eingeführt werden sollen, ist im konservativ regierten Großbritannien die Hälfte der Erwachsenen bereits geimpft; 2 Millionen haben sogar schon eine zweite Dosis erhalten. Großbritannien nutzt schließlich den selbst produzierten Impfstoff; hierzulande nennt man das dann bezeichnenderweise Impfnationalismus.

Ich – und, ich glaube, mit mir viele Deutsche – würden lieber von Impfnationalisten regiert als von EU-Besoffenen, die auf Zuteilung von Brüssel warten. Lassen Sie uns von den Briten lernen, lassen Sie uns Selbstbewusstsein und den aufrechten Gang zurückgewinnen, auch gegenüber Brüssel.

Der britische Premier Johnson verkündete, es gelte die Kunst der Behauptung gegenüber Staaten mit entgegengesetzten Werten wieder zu erlernen. Davon können sich die EU und insbesondere Deutschland ein Scheibchen abschneiden, nicht nur im Hinblick auf China, dessen geostrategische Bedeutung und auch Bedrohung Boris Johnson richtig identifiziert hat. Ich jedenfalls bin froh, dass Großbritannien sich als größter europäischer Beitragszahler weiterhin stark in der NATO engagiert.

Lassen Sie uns die richtigen Konsequenzen aus dem Brexit ziehen: Erkennen wir an, dass die EU mit ihrem Zentralismus ursächlich für den Brexit war. Die europäische Einigung war und ist ein vielversprechendes Projekt, aber besinnen wir uns eben auf die Gründerväter de Gaulle und Adenauer, die von einem Europa der Vaterländer träumten und nicht von einem Superstaat.

Der Brexit ist ein unübersehbares Symptom dafür, dass sich die Herrschenden in der EU längst von diesem Grundgedanken verabschiedet haben. Das ist ein Warnsignal, denn auch andere Völker, vor allem in Osteuropa, werden das nicht mehr lange mitmachen. Sie haben ihre Freiheit noch nicht so lange wie wir, wissen sie vielleicht deshalb auch noch etwas besser zu schätzen und werden sie jedenfalls nicht so leichtfertig abgeben, wie wir das manchmal tun.

Lassen Sie uns unsere eigene Freiheit und Souveränität in einem Europa guter Nachbarn neu entdecken; dann klappt es auch wieder mit den Briten, den Polen und den Ungarn. Die AfD jedenfalls wird genau für dieses Europa weiterhin kämpfen.

Weil ich jetzt, glaube ich, der Letzte bin – außer der Frau Präsidentin natürlich und falls nicht noch eine unqualifizierte Bemerkung von der Ministerbank kommt –, wünsche ich Ihnen frohe Ostern, Gottes Segen und viel Freude mit der Familie. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Es erschließt sich mir nicht so ganz, warum Sie von unqualifizierten Bemerkungen von der Ministerbank reden und dann auf eine leere Ministerbank zeigen.

(Beifall von der CDU und der SPD)

Abgesehen davon steht es weder der Landesregierung zu, Beiträge von Abgeordneten zu kritisieren,

(Andreas Keith [AfD]: Machen die doch andauernd!)

noch steht es Ihnen zu, umgekehrt abzuqualifizieren.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Sie sind auch nicht der letzte Redner, sondern Herr Kollege Engstfeld hat erneut das Wort.

(Andreas Keith [AfD]: So lächerlich! Nicht zu überbieten!)

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie beim Tagesordnungspunkt davor bin ich auch der Meinung, dass beim Thema „Brexit und Europa“ die AfD nicht das letzte Wort in diesem Haus haben sollte.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet – nach den Bemerkungen von Herrn Tritschler erst recht.

Ich möchte es nicht versäumen, Sie aufzurufen: Helfen Sie, die Ergebnisse dieses Berichts weiterzutragen. Helfen Sie mit, dass die Handlungsempfehlungen mit politischem Leben gefüllt werden.

Tragen Sie diesen Bericht an Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen weiter. Tragen Sie ihn in Ihre Parteienfamilien weiter, an die Bundestagsabgeordneten, an die Europaabgeordneten.

An die Sachverständigen gerichtet bitte ich Sie.

Tragen auch Sie ihn bitte mit in die Wissenschaft, tragen Sie ihn in die Zivilgesellschaft und in die Wirtschaft. Sorgen Sie dafür, dass dieser Bericht irgendwann anfängt, politisch zu leben.

Ich möchte es nicht versäumen, Sie alle ganz zum Schluss noch einmal ganz herzlich zu unserer heutigen digitalen Abschlussveranstaltung dieser Brexit-Enquetekommission ab 15 Uhr im Livestream, auf der Homepage des Landtags zu sehen, einzuladen. Es wird ein spannendes Programm. Dabei sind der Landtagspräsident André Kuper, der britische Generalkonsul Rafe Courage sowie der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales, Herr Dr. Holthoff-Pförtner.

Wir haben Liveschaltungen nach London und Brüssel, nach London zur ARD-Korrespondentin Annette Dittert und nach Brüssel zum ARD-Korrespondenten Markus Preiß. Die Sprecherinnen und Sprecher sowie Sachverständige stehen in einer Podiumsdiskussion auch noch zur Verfügung, also ab 15 Uhr auf www.landtag.nrw.de. Schauen Sie hinein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und eine schöne Osterzeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld, auch dafür, dass Sie noch mal auf die Veranstaltung, die traditionell zum Abschluss einer Enquetekommission gehört, aufmerksam gemacht haben.

Damit haben wir den Bericht der Enquetekommission II insgesamt zur Kenntnis genommen. Die Debatten dazu müssen nicht automatisch enden, aber sie enden für heute hier im Plenarsaal, denn wir sind am Ende unserer heutigen Plenarsitzung angekommen.

Bevor ich die Sitzung endgültig schließe, darf ich Ihnen im Namen des Präsidiums wunderbare Ostertage wünschen. Wir möchten Sie daran erinnern, dass es gut ist, Regeln einzuhalten, insbesondere wenn es der eigenen Gesundheit, der Ihrer Familie und Ihrer – jetzt hätte ich fast gesagt – Freunde und Bekannten dient. Das tut es auch, aber treffen Sie die bitte möglichst auch nur im Chat oder mit Abstand.

Bleiben Sie alle gesund, damit wir uns hier in mehr als 14 Tagen alle wiedertreffen können. Ich wünsche Ihnen eine wunderbare Osterzeit und gute Erholung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:56 Uhr

---

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.